



Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe des Newsletters „Windenergierecht aktuell“ der Stiftung Umweltenergierecht zu präsentieren. Unser Newsletter informiert Sie regelmäßig über windenergiebezogene Themen aus den Bereichen

- Gesetzgebung und rechtspolitische Entwicklungen
- Rechtsprechung und
- Literatur

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und freuen uns, wenn Sie unseren Newsletter weiterempfehlen!

Herzliche Grüße

Thorsten Müller

Vorsitzender des
Stiftungsvorstandes

Frank Sailer

Leiter Forschungsgebiet
Energieanlagen- und
Infrastrukturrecht

Aktuelles aus der Stiftung Umweltenergierecht

Online-Seminarreihe:

[Green Deal erklärt](#)

18. Mai 2021

9:00 bis 10:00 Uhr

Save The Date:

23. Würzburger Gespräche
zum Umweltenergierecht

[Ziel Treibhausgas-
neutralität – \(Wie\) hält das
Energierrecht Schritt?](#)

21. Oktober 2021

**Mehr Informationen
finden Sie auf unserer
[Veranstaltungsseite.](#)**

Inhalt

I. Gesetzgebung und Vollzug	3
1. Gesetzgebung	3
2. Vollzug	4
II. Rechtspolitische Entwicklungen	6
1. Bund	6
2. Bundesländer	7
a. Bayern	7
b. Brandenburg	8
c. Hessen	9
d. Mecklenburg-Vorpommern	9
e. Niedersachsen	10
f. Nordrhein-Westfalen	10
g. Rheinland-Pfalz	13
III. Aktuelle Rechtsprechung	14
1. Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe	14
2. Verwaltungsgerichte	17
3. Zivilgerichte	18
IV. Literatur	19
1. Juristische Aufsätze und Beiträge	19
2. Bücher	23
3. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen	25
4. Sonstiges	29

I. Gesetzgebung und Vollzug

1. Gesetzgebung

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung) für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz
BR-Drucksache 25/21 vom 01.01.2021

Aus dem Inhalt: „Die Richtlinie (EU) 2018/2001 (...) zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (...) (RED II) ist am 24. Dezember 2018 in Kraft getreten. Sie sieht bestimmte Vorgaben vor für das Verwaltungsverfahren bei der Zulassung von Anlagen zur Produktion von Energie aus erneuerbaren Quellen. Die Verfahrensvorgaben der Richtlinie betreffen unter anderem immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. (...) Die Verfahrensvorgaben der Richtlinie gehen teilweise über bereits im Immissionsschutzrecht des Bundes (...) vorhandene Verfahrensregelungen hinaus.“

→ [Zur Drucksache](#)

Stellungnahme des Bundesrates

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (...)

BR-Drucksache 25/21 (B) vom 12.02.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Gesetzentwurf der Bundesregierung anlässlich der Stellungnahme des Bundesrates

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (...)

BT-Drucksache 19/27672 vom 17.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

→ [Zum Gesamtvorgang](#)

Gesetzentwurf der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Betreffend: Änderung des Bayerischen Waldgesetzes – Schutz des Waldes im Freistaat Bayern vor Windkraftanlagen und Förderung des Artenreichtums

LT-Drucksache 18/14158 vom 24.02.2021

Aus dem Inhalt: „Änderung des Bayerischen Waldgesetzes (BayWaldG) dahingehend, dass die Errichtung von Windkraftanlagen im Staatswald als nicht erlaubnisfähig untersagt wird. Im Körperschafts- und Privatwald dürfen Windkraftanlagen nur errichtet werden, wenn eine Beeinträchtigung des Naturschutzes, insbesondere des Arten- und Biotopschutzes, dabei ausgeschlossen ist.“

→ [Zur Drucksache](#)

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und CDU im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Betreffend: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bürger- und Gemeinden-beteiligungsgesetzes (1. ÄndG BüGembeteilG M-V)

LT-Drucksache 7/6042 vom 21.04.2021

Aus dem Inhalt: „Mit dem BüGembeteilG M-V wurde in Deutschland erstmalig eine Offerte durch Vorhabenträger von Windenergieanlagen an Land für eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung oder Zahlung einer Ausgleichsabgabe an Gemeinden sowie eine Offerte für eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung oder durch den Kauf eines Sparprodukts für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbindlich vorgeschrieben. Ziel des Gesetzes ist es, die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu erhöhen und die regionale Wertschöpfung zu steigern (siehe Lösung im Vorblatt zum Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/4568)“

→ [Zur Drucksache](#)

2. Vollzug

Bundesnetzagentur

Betreffend: Reduzierung des Ausschreibungsvolumens wegen drohender Unterzeichnung

Beschluss vom 16.04.2021

Aus dem Inhalt: „Das Ausschreibungsvolumen des Gebotstermins 1. Mai 2021 wird von der Bundesnetzagentur gemäß § 28 Abs. 6 EEG 2021 reduziert, weil zu erwarten ist, dass die ausgeschriebene Menge größer als die eingereichte Gebotsmenge sein wird (drohende Unterzeichnung). Das neue Ausschreibungsvolumen beträgt 1.243.230 Kilowatt.“

→ [Mehr](#)

Bundesnetzagentur

Betreffend: Zur Zuordnung von ausgeförderten EE-Anlagen

Hinweis vom 15.02.2021

Aus dem Inhalt: „Der vorliegende Hinweis erfolgt vor dem Hintergrund von Schilderungen aus dem Markt, dass es in vereinzelten Fällen durch eine fehlende rechtzeitige Neu-Zuordnung von ausgeförderten EE-Anlagen, die bisher der Veräußerungsform der Marktprämie zugeordnet waren, womöglich zeitweilig zu einer Einspeisung solcher Anlagen in Marktprämien-Bilanzkreise gekommen sein könne. Damit ist insbesondere die Frage verbunden, ob der Marktprämienanspruch von anderen (...) EE-Anlagen, deren Netzeinspeisung gemeinsam in demselben Bilanzkreis bilanziert wird, aufgrund eines Verstoßes gegen die Vorgabe der „Sortenreinheit“ nach § 20 Nr. 3 EEG 2021 gefährdet sei.“

→ [Mehr](#)

Fördergesellschaft Windenergie und andere Dezentrale Energien – Fachausschuss Lärm

Betreffend: Revision 19 der TR 1 „Bestimmung der Schallemissionswerte“

Beschluss vom 26.01.2021

Aus dem Inhalt der Pressemitteilung: „Die TR 1 wurde in ihrer 19. Revision vollständig überarbeitet und richtet sich nun an den Vorgaben aus der IEC 61400-11 Ed. 3.1. Darüber hinaus wurden die Anforderungen gerade in Bezug auf die schalltechnische Nachweisführung nach BImSchG erweitert und bestimmte Angaben konkretisiert (z. B. zu verwendender Toleranzbereich der Leistungskennlinie oder zu verwendende Frequenzauflösung der Schmalbandanalyse). (...) Ab dem 01.03.2021 ist zur Bestimmung der Schallemission von WEA die Revision 19 der TR 1 maßgeblich. (...)“

→ [Zur Pressemitteilung](#)

II. Rechtspolitische Entwicklungen

1. Bund

Kleine Anfrage mehrerer Abgeordneter der FDP-Fraktion vom 22.04.2021

Betreffend: Beihilferechtliche Genehmigung des EEG 2021

BT-Drucksache 19/28932 vom 22.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort des Staatssekretärs Andreas Feicht vom 12.04.2021 auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Lukas Köhler (FDP) vom 12.04.2021

Betreffend: Wann werden die Ergebnisse der Ausschreibung für Windenergie an Land nach dem EEG 2021 zum Gebotstermin 1. Februar 2021 veröffentlicht, und wie ist der Stand der beihilferechtlichen Genehmigung des EEG 2021 durch die Europäische Kommission?

BT-Drucksache 19/28552 vom 16.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage mehrerer Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2021

Betreffend: Windenergieausbau und Interessen der Bundeswehr

BT-Drucksache 19/28590 vom 16.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Bundesregierung vom 04.03.2021 auf die kleine Anfrage mehrerer Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.02.2021

Betreffend: Wege in die Versorgung mit grünem Wasserstoff

BT-Drucksache 19/27338 vom 04.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Bundesregierung vom 23.02.2021 auf die kleine Anfrage mehrerer Abgeordneter der AfD-Fraktion vom 09.02.2021

Betreffend: Förderung von Recycling-Lösungen und Recycling-Firmen zur Eindämmung des anfallenden Sondermülls durch ausgediente Windkraftrotorblätter

BT-Drucksache 19/26866 vom 23.02.2021

→ [Zur Drucksache](#)

2. Bundesländer

a. Bayern

Antwort der Landesregierung vom 02.03.2021 auf die schriftliche Anfrage mehrerer Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2021

Betreffend: Anteil erneuerbarer Energien in Schwaben

LT-Drucksache 18/14236 vom 16.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 16.02.2021 auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Annette Karl (SPD) vom 14.01.2021

Betreffend: Dezentrale Energiewende II

LT-Drucksache 18/13787 vom 02.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 27.01.2021 auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) vom 29.12.2020

Betreffend: Windkraft in Bayern 2020

LT-Drucksache 18/12493 vom 12.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 28.01.2021 auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Anette Karl (SPD) vom 23.11.2020

Betreffend: Potenzial für Windkraftanlagen in den Bayerischen Staatsforsten

LT-Drucksache 18/12558 vom 12.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 03.02.2021 auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Josef Seidl (AfD) vom 10.12.2020

Betreffend: Ausgestaltung einer sicheren Stromversorgung im Fall eines Blackouts

LT-Drucksache 18/12913 vom 17.02.2020

→ [Zur Drucksache](#)

b. Brandenburg

Mündliche Anfrage des Abgeordneten Steffen Kubitzki (AfD) vom 22.03.2021

Betreffend: Technologie für die Entsorgung von Windkraftanlagen (BTU Spremberg)

LT-Drucksache 7/3423 vom 21.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Philip Zeschmann (BVB/ Freie Wähler) vom 12.04.2021

Betreffend: Zur Erstellung von Teilregionalplänen Windenergie

LT-Drucksache 7/3349 vom 12.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Mündliche Anfrage des Abgeordneten Sebastian Walter (Die Linke) vom 19.03.2021

Betreffend: OVG Berlin-Brandenburg erklärt Teilregionalplan „Windnutzung, Rohstoffsicherung und -gewinnung“ der RPG Uckermark-Barnim für unwirksam

LT-Drucksache vom 7/3229 19.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Mündliche Anfrage des Abgeordneten Péter Vidar (AfD) vom 19.03.2021

Betreffend: Neuer Windpark Albertshof

LT-Drucksache vom 7/3229 19.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Nachfrage der Abgeordneten Thomas Domres und Isabelle Vandré (beide: Die Linke) zur kleinen Anfrage derselben vom 18.08.2021

Betreffend: Stand der Umsetzung der Machbarkeitsstudie Spereberg

LT-Drucksache 7/3101 vom 01.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

c. Hessen

Kleine Anfrage der AfD-Fraktion vom 12.03.2021

Betreffend: Wetter- und Klimaänderungseffekte durch Windenergieanlagen

LT-Drucksache 20/5309 vom 25.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 08.03.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Stefan Naas (FDP) vom 10.02.2021

Betreffend: Broschüre „Grünes Glück vor der Tür“ des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen – Teil 1

LT-Drucksache 20/5053 vom 12.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 02.03.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP) vom 19.01.2021

Betreffend: Änderung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 des Regionalplanes Südhessen – Entwurf 2020: Neue Windkraftanlagen in Büdingen

LT-Drucksache 20/4435 vom 09.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

d. Mecklenburg-Vorpommern

Antwort der Landesregierung vom 30.03.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Mignon Schwenke (Die Linke)

Betreffend: Ausbau der Windenergie in Mecklenburg-Vorpommern

LT-Drucksache 7/5870 vom 30.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 09.03.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber (AfD)

Betreffend: Recycling von Rotorblättern der aus der Förderung fallenden Windkraftanlagen

LT-Drucksache 7/5778 vom 10.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 09.03.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber (AfD)

Betreffend: Vergraben von Rotorblättern

LT-Drucksache 7/5777 vom 10.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

e. Niedersachsen

Antwort der Landesregierung vom 06.04.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Imke Byl und Christian Meyer (Bündnis 90/Die Grünen) vom 16.02.2021

Betreffend: Zukunft der Windenergie: Wie steht es um verfügbare Flächen und Genehmigungspraxis?

LT-Drucksache 18/8945 vom 06.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

f. Nordrhein-Westfalen

Kleine Anfrage der Abgeordneten Wibke Brems und Johannes Rimmel (beide: Bündnis 90/ Die Grünen) vom 21.04.2021

Betreffend: Festsetzung von neuen Windenergie-Abstandsregelungen in NRW und die Folgen für (Bürger-)Windparks: Antworten erforderlich!

LT-Drucksache 17/13497 vom 22.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 04.03.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Rimmel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 17.02.2021

Betreffend: Auswirkungen der geplanten neuen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen im Kreis Olpe

LT-Drucksache 17/12880 vom 10.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 04.03.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Rimmel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 17.02.2021

Betreffend: Auswirkungen der geplanten Abstandsregelungen für Windkraftanlagen im Kreis Siegen-Wittgenstein

LT-Drucksache 17/12876 vom 10.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 04.03.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Josefine Paul und Johannes Rimmel (beide: Bündnis 90/Die Grünen) vom 18.02.2021

Betreffend: Auswirkungen der geplanten neuen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen im Kreis Soest

LT-Drucksache 17/12874 vom 10.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 04.03.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Ernst-Wilhelm Rahe und Christina Weng (beide SPD) vom 12.02.2021

Betreffend: Auswirkungen der neuen Abstandsregelung für Windenergieanlagen im Kreis Minden-Lübbecke

LT-Drucksache 17/12873 vom 10.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 04.03.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten André Stinka, Frank Sundermann und Anette Watermann-Krass (SPD) vom 03.02.2021

Betreffend: Auswirkungen der neuen Abstandsregelung für Windenergieanlagen in den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf sowie in der Stadt Münster

LT-Drucksache 17/12872 vom 10.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 04.03.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Jürgen Berghahn (SPD) vom 29.01.2021

Betreffend: Auswirkungen der neuen Abstandsregelung für Windenergieanlagen im Kreis Lippe

LT-Drucksache 17/12871 vom 10.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 02.03.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Rimmel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 17.02.2021

Betreffend: Auswirkungen der geplanten neuen Abstandsregelung für Windkraftanlagen im Märkischen Kreis

LT-Drucksache 17/12861 vom 08.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 02.03.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 17.02.2021

Betreffend: Auswirkungen der geplanten neuen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen im Hochsauerlandkreis

LT-Drucksache 17/12860 vom 08.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 24.03.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Eva-Maria Voigt-Küpper und Karl Schultheis (beide: SPD) vom 26.02.2021

**Betreffend: Auswirkungen der neuen Abstandsregelung für Windkraftanlagen in der Städtere-
gion Aachen**

LT-Drucksache 17/13182 vom 30.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 24.03.2021 auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Karl Schultheis (SPD) vom 25.02.2021

**Betreffend: Auswirkungen der neuen Abstandsregelung für Windkraftanlagen im Kreis Euskir-
chen**

LT-Drucksache 17/13181 vom 30.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort der Landesregierung vom 24.03.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD) vom 25.02.2021

**Betreffend: Auswirkungen der neuen Abstandsregelung für Windenergieanlagen im Kreis Heins-
berg**

LT-Drucksache 17/13179 vom 30.03.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Kleine Anfrage der Abgeordneten Wibke Brems (Bündnis 90/Die Grünen)

**Betreffend: Festsetzungen von neuen Windenergie-Abstandsregelungen in NRW: Auswirkun-
gen auf das Repowering bestehender (Bürger-) Windparks**

LT-Drucksache 17/12789 vom 25.02.2021

→ [Zur Drucksache](#)

Antwort des Ministeriums für Justiz vom 19.02.2021 auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Wibke Brems und Stefan Engstfeld (beide: Bündnis 90/ Die Grünen)

Betreffend: Trägt die Landesregierung ihre Anti-Windenergiepolitik auf dem Rücken des Oberverwaltungsgerichtes Nordrhein-Westfalen aus?

LT-Drucksache 17/12716 vom 25.02.2021

→ [Zur Drucksache](#)

g. Rheinland-Pfalz

Kleine Anfrage des Abgeordneten Christof Reichert (CDU) vom 21.04.2021

Betreffend: Errichtung von Windkraftanlagen im Pfälzerwald im Bereich Langerkopf (Verbandsgemeinde Hauenstein)

LT-Drucksache 17/14859 vom 22.04.2021

→ [Zur Drucksache](#)

III. Aktuelle Rechtsprechung

1. Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe

OVG Berlin mit Urteil vom 13.11.2020 - 2 A 1.19

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen einen Teilflächennutzungsplan mit Ausschlusswirkung gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB

Aus dem Inhalt: Berücksichtigung der Ziele eines in Aufstellung und später für unwirksam erklärten Regionalplans (als sonstiges Erfordernis i. S. v. § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG); Landschaftsschutzgebiete, FFH-Gebiete, 400 m-Siedlungsabstand zum Schutz vor optisch bedrängender Wirkung und Schutzabstand zu einer Platzrunde als harte Tabuzonen; zusätzlicher 600 m-Siedlungsabstand als weiche Tabuzone

OVG Lüneburg mit Beschluss vom 21.12.2020 - 12 ME 140/20

Teilweise erfolgreiche Beschwerde einer nach § 3 UmwRG anerkannten Vereinigung gegen die Ablehnung eines einstweiligen Rechtsschutzantrages gegen eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung für vier WEA

Aus dem Inhalt: Anforderungen an eine nachgeholte UVP nach Vorhabenrealisierung zur Heilung von Verfahrensfehlern; artenschutzrechtliches Tötungsverbot, Abschaltzeit für Rauhaufledermaus im Oktober, Anforderungen an die RNA beim Rotmilan, Tötungsrisiko nicht windsensibler Vogelarten (hier: Feldlerche)

VGH Mannheim mit Urteil vom 04.02.2021 - 5 S 305/19

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen einen Teilflächennutzungsplan mit Ausschlusswirkung gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB

Aus dem Inhalt: Immissionsschutzrechtliche Siedlungsabstände als harte Tabuzone: Anforderungen an die zugrunde gelegte Referenzanlage und Berechnungsmethode; Mindestgröße ausgewiesener Positivfläche als weiches Tabukriterium; Abwägungserheblichkeit der privatrechtlichen Verfügbarkeit von in den Positivflächen belegenen Grundstücken

VGH München mit Beschluss vom 28.01.2021 - 22 C 20.2987

Erfolgreiche Streitwertbeschwerde

Aus dem Inhalt: Streitwertfestsetzung für Hauptsache- und Eilrechtsverfahren gegen immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbescheide für WEA

OVG Münster mit Beschluss vom 22.03.2021 - 8 A 3518/19

Erfolgloser Berufungszulassungsantrag nach Abweisung einer Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für eine WEA

Aus dem Inhalt: Immissionsschutz, Berücksichtigung von Inversionswetterlagen im Rahmen der Schallausbreitungsprognose

OVG Münster mit Beschluss vom 12.03.2021 - 7 B 8/21

Erfolgreiche Beschwerde eines Genehmigungsinhabers gegen den in erster Instanz erfolgreichen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen einen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für fünf WEA

Aus dem Inhalt: Ausnahme vom artenschutzrechtlichen Tötungsverbot, Anwendbarkeit für WEA, Prüfgebiet für Alternativstandorte, intendiertes Ermessen; Abwägung im einstweiligen Rechtsschutz nach Neufassung des § 63 BImSchG

OVG Münster mit Beschluss vom 11.03.2021 - 21 A 49/17

Erfolglose Berufung einer nach § 3 UmwRG anerkannten Vereinigung gegen die Abweisung einer auf § 10 USchadG gerichteten Verpflichtungsklage (Durchsetzung von Sanierungspflichten)

Aus dem Inhalt: Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung des Umweltzustandes, Anforderungen an die Plausibilisierung eines Umweltschadens in Form eines Lebensraumverlusts; rechtliche Autonomie von Umweltschadensrecht und Naturschutzrecht

OVG Münster mit Urteil vom 01.03.2021 - 8 A 1183/18

Erfolgreiche Berufung gegen die Aufhebung eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheids für eine WEA

Aus dem Inhalt: Artenschutzrechtliches Tötungsverbot, Rotmilan: Mahdabschaltung, Untersuchungsradius von 1000 m für Brutvorkommen, Abschaltkonzept für Sammelschlafplätze, Abschaltung wegen Fledermausvorkommen; faktisches Vogelschutzgebiet

OVG Münster mit Beschluss vom 12.02.2021- 8 B 905/20

Erfolgreiche Beschwerde einer Nachbargemeinde gegen die Ablehnung des Antrags auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für fünf WEA

Aus dem Inhalt: UVP, Denkmalschutzbelange

OVG Münster mit Urteil vom 25.01.2021 - 2 D 98/19.NE

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen einen Teilflächennutzungsplan mit Ausschlusswirkung gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB

Aus dem Inhalt: Möglichkeit der rückwirkenden Inkraftsetzung eines Teilflächennutzungsplans; grundlegende Fehler in Ausarbeitung des Plankonzepts, (hier: keine Differenzierung zwischen harten und weichen Tabukriterien)

OVG Münster mit Beschluss vom 17.12.2020 - 2 B 1249/20.NE

Erfolgreicher Normenkontrollantrag einer Windenergie-Projektentwicklerin gegen eine durch die Standortgemeinde erlassene Veränderungssperre

Aus dem Inhalt: Materielle Voraussetzungen einer Veränderungssperre, sicherungsfähige und legitime bauleitplanerische Vorstellung (hier: Planungsabsichten zur großflächigen Bebauungsplanung mit Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 10, 18, 20 BauGB im Laufe eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens); keine flächennutzungsplanersetzende Bebauungsplanung

OVG Schleswig mit Urteil vom 27.01.2021 - 5 KN 12/20 (5 KN 13/20, 5 KN 2/20, 5 KN 3/20)

Unzulässiger Normenkontrollantrag einer Windenergie-Projektentwicklerin und mehreren Grundstückseigentümern gegen eine in Aufstellung befindliche Landschaftsschutzgebietsverordnung

Aus dem Inhalt: Rechtsschutz mittels Normenkontrollantrag vor Abschluss des Normsetzungsverfahrens

OVG Schleswig mit Beschluss vom 01.12.2020 - 5 MB 11/20

Erfolgreiche Beschwerde eines Nachbarn gegen die Ablehnung eines Antrags auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für zwei WEA

Aus dem Inhalt: UVP, Voraussetzungen eines funktionalen Zusammenhangs, Verwendung fünf Jahre alter Gutachten aus einem früheren Genehmigungsverfahren am Standort; Immissionsschutz, Schall, Schatten, Infraschall

OVG Weimar mit Beschluss vom 08.03.2021 - 1 EO 439/20

Erfolgreiche Beschwerde einer Windenergie-Projektentwicklerin gegen die Ablehnung eines Antrags auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für eine WEA

Aus dem Inhalt: Reihenfolge der Bescheidung konkurrierender Genehmigungsanträge, Prioritätsprinzip, Vollständigkeit der prüffähigen Unterlagen, Vorlage eines zum Teil sechs Jahre alten natur-schutzfachlichen Beitrags

2. Verwaltungsgerichte**VG Aachen mit Beschluss vom 12.03.2021 - 6 L 417/20**

Erfolgreicher Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für vier WEA

Aus dem Inhalt: In die Bestandserfassung eingebundene FFH-Vorprüfung als formell hinreichende Verträglichkeitsprüfung nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG; Funktionslosigkeit einer höhenbeschränkenden Festsetzung im FNP (hier: 75 m); Landschaftsschutzgebiet und infrastrukturelle Vorbelastung; artenschutzrechtliches Tötungsverbot, Rotmilan, Schutzkonzept mit vom Leitfaden 2017 abweichenden Schutzmaßnahmen bzgl. Ernteabschaltung

VG Arnsberg mit Beschluss vom 04.03.2021 - 4 L 911/20

Erfolgreicher Antrag der Standortgemeinde auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für vier WEA

Aus dem Inhalt: Bindung des Gerichts an vorhergehende Klageabweisung einer Verpflichtungsklage auf Genehmigungserteilung nach zwischenzeitlicher Neuprojektierung; UVP, funktionaler Zusammenhang; Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens; formelle Rechtmäßigkeit des FNP und Normverwerfungskompetenz der Genehmigungsbehörde, Ausweisung einer „Konzentrationszone“ ohne Hinweis auf Wirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB als offensichtlicher formeller Mangel

VG Lüneburg mit Beschluss vom 09.03.2021 - 2 B 76/20

Erfolgreicher Antrag einer nach § 3 UmwRG anerkannten Vereinigung auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für sechs WEA

Aus dem Inhalt: Umfang der Auslegungsunterlagen; Betroffenheit des satzungsmäßigen Aufgabenbereichs einer Vereinigung (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 UmwRG); außergebietliche Ausschlusswirkung eines RROP, Rotorbereich teilweise außerhalb des festgesetzten Vorranggebietes; abschließende

Abwägung der Belange des Landschaftsschutzes durch RROP; artenschutzrechtliches Tötungsverbot, insb. Wiesenweihe und Rohrweihe, Rotmilan

VG Minden mit Beschluss vom 30.12.2020 - 11 L 933/20

Erfolgloser Antrag eines Anwohners auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für eine WEA

Aus dem Inhalt: Einwirkungsbereich einer Anlage nach Nr. 2.2 lit. a TA Lärm (Nachbarbegriff), Berücksichtigung eines irrelevanten Immissionsbeitrags am maßgeblichen Aufpunkt im Genehmigungsverfahren

VG München mit Beschluss vom 18.02.2021 - M 28 K 18.4542

Verweisungsentscheidung bezüglich einer Anfechtungsklage gegen den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid für eine WEA

Aus dem Inhalt: Verweisungsentscheidung wegen § 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a VwGO n.F. im laufenden Verfahren ohne Änderung des Streitgegenstands

VG Würzburg mit Urteil vom 24.11.2020 - W 4 K 18.500

Teilweise erfolgreiche Klage einer nach § 3 UmwRG anerkannten Vereinigung gegen verschiedene Behördenentscheidungen zum Typenwechsel bei einer genehmigten WEA

Aus dem Inhalt: Klagebefugnis gegen die behördlichen Zulassungsakte beim Typenwechsel (Verfahrenseinstellung, Freistellungserklärung); Wesentlichkeit der Änderung i. S. v. § 16 Abs. 1 BImSchG

3. Zivilgerichte

OLG Hamm mit Urteil vom 26.11.2020 - 5 U 112/19

Erfolgreiche Berufung von Grundstückseigentümern nach Abweisung der Klage auf Rückbau von Windparkinfrastruktur

Aus dem Inhalt: Voraussetzung der Anwendbarkeit mietrechtlicher Vorschriften auf einen Grundstücksnutzungsvertrag zur Kabelverlegung und Windenergienutzung, zum Schriftformerfordernis nach § 550 BGB bei „Vermietung vom Reißbrett“, (kein) Kündigungsausschluss wegen Treu und Glaube

IV. Literatur

1. Juristische Aufsätze und Beiträge

Berkemann, Jörg

Beurteilungsspielraum oder Einschätzungsprärogative versus gerichtliche Kontrolle im Naturschutzrecht

– **Zugleich eine Rezension zu Marielle Schuster, Beurteilungsspielräume der Verwaltung im Naturschutzrecht, 2020**

Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR), 2021, Heft 5, S. 280 - 292

Aus dem Inhalt: „Der Beitrag rezensiert in kritischer Durchsicht die Untersuchung von Marielle Schuster über Beurteilungsspielräume der Verwaltung (Einschätzungsprärogativen) im Naturschutzrecht (BNatSchG), wie in der Fußnote 1 angegeben. Behandelt werden von der Autorin mögliche „immanente“ Grenzen judikativer Kontrolle, belegt durch eine umfangreiche Rechtsprechungsanalyse, vor allem des BVerwG, verbunden mit Lösungsansätzen. Die Problemstellung hat durch den Beschluss des BVerfG vom 23.10.2018 (BVerfGE 149, 407 = ZUR 2019, 33 – Rotmilan) neue Aktualität erhalten (Vorinstanz: BVerwGE 147, 118 = ZUR 2013, 677). Der Beitrag folgt im Aufbau der sinnvollen Gliederung des rezensierten Werkes.“

Hilgers, Hans Anton

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung an der Umweltverträglichkeitsprüfung für Windkraftanlagen

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ), 2021, Heft 7, S. 436 - 441

Aus dem Inhalt: „Der Beitrag beleuchtet das Genehmigungsverfahren für WKA (II.), wobei vorgeschaltete, im Wesentlichen informelle immissionsschutzrechtliche Vorprüfungen (II. 2.) und Vorgaben der Genehmigungsbehörde näher betrachtet werden (II. 3.). Hieraus ergeben sich dann Schlussfolgerungen über den Stellenwert und die Rechtswirkungen einer förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung in Genehmigungsverfahren für WKA (III.).“

Hoffmann, Ekkehard

Artenschutz und Europarecht im Kontext der Windenergie – Der Klimaschutz und die Auslegung der Ausnahmeregelungen der Vogelschutzrichtlinie

Natur und Recht (NuR), 2021, Heft 4, S. 217-227

Aus dem Inhalt: „Während die FFH-Richtlinie ein flexibles und durch die Rechtsprechung in vielen Einzelfragen geklärtes Instrumentarium zur Rechtfertigung der Verletzung naturschutzrechtlicher Schutzvorschriften enthält, werden die entsprechenden Ausnahmeregelungen der Vogelschutzrichtlinie von Vielen als erheblich rigider empfunden. Das VG Gießen ging jüngst sogar soweit, die Erteilung einer Genehmigung für eine Windenergieanlage aufzuheben, weil die Anlage trotz aller

Vorkehrungen zum Schutz der Vögel deren Tötungsrisiko signifikant erhöht hätte. Das gibt Anlass, der Frage nachzugehen, ob und inwieweit das Artenschutzrecht dem Ausbau der Windenergie tatsächlich substanzielle und möglicherweise einschneidende Grenzen setzt. Der Beitrag gelangt zu dem Ergebnis, dass die Vogelschutzrichtlinie bei näherer Analyse durchaus Möglichkeiten bietet, eine praktische Konkordanz der gegenläufigen Zielsetzungen zu erreichen.“

Josipovic, Neven/Geise, Robert

Der modifizierte DFS-Bewertungsansatz für Flugsicherungseinrichtungen (DVOR) – voller Schub für die Windenergie?

Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR), 2021, Heft 5, S. 276 - 280

Aus dem Inhalt: „Die Deutsche Flugsicherung verwendet seit dem 1. Juni 2020 eine überarbeitete Methodik zur Bewertung von möglichen Störeinflüssen von Windenergieanlagen auf DVOR. Im vorliegenden Beitrag wird der neue Ansatz einer kritischen Analyse unterzogen. Das betrifft u. a. die Fragen, ob der Ansatz validiert ist, wie er sich auf konventionelle Drehfunkfeuer (VOR) auswirkt und ob er den Anforderungen des Bundesverwaltungsgerichts an die Störungsbewertung nach § 18 a LuftVG genügt.“

Klewar, Micha/Grawe, Sophia-Charlotte

Frischer Wind durch das Investitionsbeschleunigungsgesetz: Wegfall der aufschiebenden Wirkung und Zuständigkeit des OVG auch für bereits beklagte Genehmigungen für Windkraftanlagen?

Zeitschrift für neues Energierecht (ZNER), 2021, Heft 2, S. 136-141

Aus dem Inhalt: „Am 10. Dezember 2020 ist das Gesetz zur Beschleunigung von Investitionen (Investitionsbeschleunigungsgesetz) in Kraft getreten. Das Investitionsbeschleunigungsgesetz enthält als Artikelgesetz unter anderem Änderungen der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) und des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG), des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG). Nicht nur semantisch hat sich der Gesetzgeber einiges vorgenommen – inhaltlich setzt sich das Investitionsbeschleunigungsgesetz zum Ziel, „die Mittel, die für Investitionen zur Verfügung stehen, schneller einsetzen zu können sowie die Wirkung vorangegangener Gesetze zur Planungsbeschleunigung zu erhöhen“. Dabei sind als beschleunigende Maßnahmen im Infrastrukturbereich u. a. Vereinfachungen im Raumordnungsrecht und bei der Genehmigung der Elektrifizierung von Schienenstrecken sowie Maßnahmen zur Beschleunigung der Gerichtsverfahren vorgesehen.“

Köck, Wolfgang

Keine Erleichterungen im besonderen Artenschutz – Anmerkung zum Urteil des EuGH vom 4. März 2021, Rs. C-473/19 und C-474/19 – Skydda Skogen

Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR), 2021, Heft 5, S. 292 - 300

Aus dem Inhalt: „Der EuGH hatte in einem Vorlageverfahren über die Europarechtskonformität der Anwendung des europäischen Artenschutzrechts in Schweden zu entscheiden. Gemäß schwedischer Rechtsprechung muss bei Maßnahmen, mit denen ein anderer Zweck verfolgt wird als der, auf den sich die Verbote in den Richtlinien beziehen, ein Risiko bestehen, dass sich die entsprechende Maßnahme negativ auf den Erhaltungszustand der betroffenen Arten auswirkt, damit diese Verbote Anwendung finden können (siehe Urteil, Rn. 28). (...) Die zuständige schwedische Behörde hatte keinen Grund gesehen, die Abholzung zu beanstanden oder eine Ausnahmemöglichkeit zu prüfen. Dagegen hatten sich verschiedene schwedische Natur- und Vogelschutzorganisationen gewehrt, u. a. auch der Verein „Skydda Skogen“ (Schützt den Wald), und die Vorlage an den EuGH durchsetzen können.“

Köck, Wolfgang/Rheinschmitt, Christoph/Verheyen, Roda

Die artenschutzrechtlichen Ausnahmemöglichkeiten bei der landseitigen Windenergie – ein Regelungsvorschlag

Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR), 2021, Heft 5, S. 259 - 269

Aus dem Inhalt: „Der Ausbaubedarf der landseitigen Windenergie wird perspektivisch dazu führen, dass die artenschutzrechtlichen Ausnahmemöglichkeiten an Bedeutung gewinnen. In dem Maße, in dem das geschieht, wird die Bestandserhaltung streng geschützter Arten nicht mehr einfach unterstellt werden oder durch einzelne FCS-Maßnahmen sichergestellt werden können, sondern es wird eines strategischen Ansatzes bedürfen, um eine erfolgreiche Energiewende und einen effektiven Natur- und Artenschutz dauerhaft gewährleisten zu können. Die Verf. plädieren für die Etablierung eines solchen Ansatzes und zeigen die strategischen Elemente sowie die Rechtsverträglichkeit auf.“

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende

KNE-Wortmeldung zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes - Keine Lockerung für die Windenergie nach dem EuGH-Urteil

März 2021

Aus dem Inhalt: „Das mit Spannung erwartete Urteil des Europäischen Gerichtshofes in den Rechts-sachen C-473/19 und C-474/19 vom 4. März 2021 liegt vor. Das KNE beleuchtet die Entscheidung vor allem mit Blick auf die europäische Vogelschutzrichtlinie. Für die Windenergie an Land bleibt es weiterhin bei einer individuenbezogenen Betrachtung auf der Ebene des Verbotstatbestandes. Populationsbezogene Bewertungen können erst bei der Prüfung der Ausnahme herangezogen werden.“

→ [Zum Dokument](#)

Meister, Moritz/Overkamp, Philipp

Floating Offshore – Windkraft unter deutscher Flagge?

Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft (EnWZ), 2021, Heft 3, S. 71 - 76

Aus dem Inhalt: „Die Errichtung und Nutzung von Offshore-Windparks in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) Deutschlands zeitigen hinsichtlich der für Investoren wichtigen Kreditsicherung noch immer Probleme. Es ist weiterhin unklar, ob dort das BGB anwendbar ist. Kreditnehmer und -geber müssen erheblichen Aufwand betreiben, um etwa die Wirksamkeit einer Sicherungsübereignung sicherzustellen. Im Hinblick auf die aufkommenden und teilweise bereits im Bau befindlichen schwimmenden Offshore-Anlagen stellt sich die Rechtslage nun aber womöglich anders dar. Hier wäre es denkbar, die Kraftwerke in ein deutsches Schiffsregister eintragen zu lassen und so Rechts- und Investitionssicherheit in der deutschen AWZ sowie perspektivisch auch auf hoher See herzustellen.“

Schmidt, Maximilian/Sailer, Frank

Vorabentscheidungsersuchen zur europäischen Vogelschutz- und Habitatrichtlinie (Kahlschlag als Verstoß gegen Tötungs- und Störungsverbot)

Zeitschrift für neues Energierecht (ZNER), 2021, Heft 2, S. 146 – 161

Aus dem Inhalt: „Das vorliegende Urteil erging zu einem Vorabentscheidungsersuchen eines schwedischen Gerichts im Rahmen eines Rechtsstreits zwischen mehreren Naturschutzverbänden und der schwedischen Provinzverwaltung Västmanland bezüglich einer geplanten Abholzung eines Waldgebiets. Es betrifft die Auslegung der Verbote in Art. 12 Abs. 1 der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-RL)¹ und in Art. 5 der Vogelschutzrichtlinie (VS-RL). Mit der ersten Vorlagefrage möchte das vorlegende Gericht wissen, ob der Schutz in Form der Zugriffsverbote nach Art. 5 VS-RL auf bestimmte Vogelarten beschränkt werden kann (z. B. nur solche, die in Anhang I der VS-RL aufgeführt sind).“

Schmidt-Eichstaedt, Gerd

Zur Wiederaufnahme der bisherigen (landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen) Nutzung von Flächen nach dem Abbau von Windenergieanlagen oder von Freiflächen-Photovoltaik-Parks

Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht (BauR), 2021, Heft 4, S. 626 – 633

Aus dem Inhalt: „Im Jahr 2021 und in den Folgejahren werden relativ viele Windenergieanlagen zurückgebaut werden, wenn und weil die auf 20 Jahre bemessene Förderung mit Abnahmegarantie abgelaufen ist und ein Repowering nicht in Frage kommt. Repowering ist regelmäßig unmöglich, wenn sich der Standort nunmehr außerhalb einer zwischenzeitlich von der Standortgemeinde oder der Region beschlossenen Konzentrationszone in einem rechtswirksamen Flächennutzungsplan oder Regionalplan befindet. Der Standort ist dann planungsrechtlich nicht mehr zulässig. Eine bloße Erhaltung der unter Bestandsschutz stehenden Anlage ist häufig wegen der relativ geringen Leistungskraft der Anlage und steigender Reparaturanfälligkeit nicht wirtschaftlich. Es bleibt nur der

Rückbau, zu dem sich der Betreiber gem. § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB verpflichten musste. Allein im Jahr 2021 läuft die Förderung für ca. 5.000 Anlagen aus.“

Wegner, Nils

Pauschale Abstandsvorgabe eines LEP als entgegenstehendes Ziel der Raumordnung nach § 35 Abs. 3 S. 2 Hs. 1 BauGB und subjektiv drittschützendes Recht - Anmerkung zum Urteil des VG Koblenz, U. v. 03. 07. 2020, – 4 K 907/17.KO

Zeitschrift für neues Energierecht (ZNER), 2021, Heft 2, S. 224 – 235

Aus dem Inhalt: „Moderne Großwindenergieanlagen bedürfen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach § 4 BImSchG. Deren Erteilung setzt gem. § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG u. a. voraus, dass „andere öffentlich-rechtliche Vorschriften“ der Zulassung nicht entgegenstehen. Hierzu gehören auch die Regelungen über die Zulässigkeit baulicher Vorhaben nach §§ 29 ff. BauGB. Vorliegend ging es um die Zulassung von Windenergieanlagen im planerischen Außenbereich nach § 35 BauGB. Hier sind Windenergieanlagen als sog. privilegierte Vorhaben gem. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB am jeweiligen Standort nur dann unzulässig, wenn ihr einer der in § 35 Abs. 3 BauGB benannten oder ein sog. unbenannter öffentlicher Belang entgegensteht.“

2. Bücher

Brandt, Edmund

Artenschutzrechtliche Erfordernisse bei der Genehmigung von Windenergieanlagen

Februar 2021, BWV Berliner-Wissenschafts-Verlag

Aus dem Inhalt: „Die Brisanz, die von artenschutzrechtlichen Anforderungen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen ausgeht, hat in den letzten Jahren eher zu- als abgenommen. Eine Ursache dafür liegt sicherlich in der nach wie vor fehlenden konsequent normorientierten Durchdringung der einschlägigen Bestimmungen, namentlich von § 44 BNatSchG. Edmund Brandt versucht in diesem Band, neuralgische Punkte zu benennen und Lösungsansätze zu entwickeln. Er erläutert die artenschutzrechtliche Ausgangslage, nimmt die Ausnahmeregelung des § 45 Abs. 7 BNatSchG in den Blick und macht den Rückgriff auf Auslegungshilfen und Handlungsempfehlungen. Weiterhin betrachtet er den Zuschnitt und die Reichweite der gerichtlichen Prüfungskompetenz und schließlich auch die Spielräume, die sich aufgrund neuerer Rechtsprechung ergeben.“

Pandey, Sagun

Einfluss der Windenergie auf die Blindleistung und Spannungsregelung: Windkraftanlage, Spannungsregelung, Blindleistung

März 2021, Verlag Unser Wissen

Aus dem Inhalt: „Erneuerbare Energie ist natürliche Energie, die nicht begrenzt zur Verfügung steht und immer wieder genutzt werden kann. In den letzten Jahren waren diese Energien (hauptsächlich Windenergie) in vielen Ländern eine der am schnellsten wachsenden Ergänzungen von Stromnetzen. Es ist auf technologische Fortschritte zurückzuführen und liegt in der grünen Natur. Dieser Anstieg der Windenergie kann jedoch zu herausfordernden Situationen in Bezug auf Blindleistungs- und Spannungsregelungsprobleme sowohl im Übertragungs- als auch im Verteilungsnetz führen. In diesem Buch wird daher das Verfahren zum Extrahieren der kinetischen Energie aus der Windenergie über Windkraftanlagen und die Fähigkeit zur Steuerung dieser Spannungs- und Blindleistungsprobleme erläutert. Mit der Fähigkeit, Spannung und Blindleistung in der Windenergie zu steuern, werden Windparks eine ideale Quelle für grüne Energie für das 21. Jahrhundert sein. Dieses Buch könnte für Fachleute nützlich sein, die sich mit Windkraftanlagen und grüner Energietechnologie befassen, und für diejenigen, die für die zukünftigen Herausforderungen in Stromnetzen arbeiten.“

Pfaffel, Sebastian

Unterstützung der Betriebsführung von Windenergieanlagen durch Zuverlässigkeits- und Performancebenchmarks mittels unternehmensübergreifender Erfahrungsdatenbanken

Februar 2021, Fraunhofer Verlag

Aus dem Inhalt: „Die Windindustrie ist ein heterogener Markt, der mit zehntausenden Windenergieanlagen ein wesentlicher Garant für den Erfolg der Energiewende ist. Als zentrale Instanz in der Betriebsphase übernehmen technische Betriebsführer die Verantwortung für einen wirtschaftlichen und sicheren Betrieb dieser dezentralen und unbemannt betriebenen Anlagen. Um bei begrenzten Ressourcen eine optimale Gesamtperformance des gemanagten Anlagenportfolios zu erreichen, bedarf es einer kontinuierlichen Bewertung des Handlungsbedarfs zur Performanceverbesserung der Windenergieanlagen und deren Priorisierung im Anlagenbestand. Die vorliegende Dissertation erarbeitet hierzu auf Basis eines unternehmensübergreifenden Benchmarks drei kombinierbare Methoden, die aufgrund ihrer geringen Datenanforderungen auch für gemischte Portfolios geeignet sind. (...)“

3. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen

Fachagentur Windenergie an Land/Landesenergie- und Klimaschutzagentur Mecklenburg-Vorpommern/Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende

Gute fachliche Praxis – Für die Visualisierung von Windenergieanlagen

April 2021

Aus dem Inhalt: „Der Bedarf an dieser guten fachlichen Praxis war groß. Das Kompetenzzentrum für Naturschutz und Energiewende (KNE) hatte in den Jahren 2017 und 2018 einen Fachdialog zur Energiewende in der Nähe von UNESCO-Welterbestätten durchgeführt, an dessen Ende unter anderem der Wunsch nach einer gfP-Ausarbeitung stand. Auch die Fachagentur Windenergie an Land (FA Wind) hatte in den Jahren 2018 und 2019 bei ihren Veranstaltungen zu Windenergie und Landschaftsbild mit den Teilnehmenden den Wunsch nach einer Fachpublikation herausgearbeitet. In Mecklenburg-Vorpommern, wo der Bau von Neuanlagen und das Repowering von Bestandsanlagen in Planung sind, werden mögliche Beeinträchtigungen des wertvollen Landschaftsbilds intensiv auf allen Ebenen diskutiert. Auch der Landesenergie- und Klimaschutzagentur Mecklenburg-Vorpommern (LEKA MV) fehlte für diesen fachlichen Diskurs eine einheitliche Grundlage.“

→ [Zum Dokument](#)

Fachagentur Windenergie an Land

Bedeutung der Windenergie in Deutschland

März 2021

Aus dem Inhalt: „Der Ausbau der Windenergie hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten kontinuierlich beschleunigt – ist zuletzt aber stark ins Stocken geraten. Windenergie trägt heute den größten Anteil zur Stromversorgung in Deutschland bei und wird auf dem Weg zur Klimaneutralität zur wichtigsten Energiequelle. Bis Ende des Jahrzehnts müssen Windenergieanlagen nicht nur konventionelle Kraftwerke ersetzen, sondern auch den zusätzlichen Strombedarf im Rahmen der Sektorenkopplung decken. Gemäß verschiedener Studien sind dafür etwa zwei Prozent der Bundesfläche erforderlich. Es ist daher dringend erforderlich, mehr Fläche, Genehmigungen und Ausschreibungsmengen für die Windenergienutzung bereit zu stellen.“

→ [Zum Dokument](#)

Fachagentur Windenergie an Land

Entwicklung der Windenergie im Wald - Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Waldflächen in den Bundesländern 6. Auflage, 2021

März 2021

Aus dem Inhalt: „Die Nutzung von Waldflächen für die Stromerzeugung mit Windenergieanlagen stand in den vergangenen Monaten in gleich mehreren Bundesländern auf der politischen Agenda. In Thüringen befasste sich zunächst ein Landtagsausschuss im Sommer 2020 mit diesem Thema,

nachdem dort die Fraktionen der FDP und der CDU einen Antrag auf Änderung des Landeswaldgesetzes mit dem Ziel des Verbots der Waldumwandlung für die Windenergienutzung gestellt hatten. Nach einem umfangreichen Anhörungsverfahren folgte der Thüringer Landtag letztlich der Beschlussempfehlung des Ausschusses und stimmte Mitte Dezember 2020 der Änderung des Waldgesetzes zu. Seither ist dort die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald nicht mehr zulässig. Die Landesregierung muss nun prüfen, wie auch ohne die Bereitstellung von Waldflächen für die Windenergienutzung die Klimaziele des Landes erfüllt werden können. Eine Evaluierung ist im Jahr 2023 vorgesehen.“

→ [Zum Dokument](#)

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende

Dokumentation - Fachgespräch Dichtezentren - Die rechtliche Einordnung eines Ansatzes für mehr Artenschutz und Windenergie

April 2021

Aus dem Inhalt: „Der für die Energiewende wesentliche Ausbau der Windenergie an Land ist in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten. Dies liegt insbesondere an zu wenig verfügbaren Flächen, die ein geringes Konfliktpotenzial mit dem Artenschutz aufweisen, sowie an einer komplexen und fehleranfälligen Regional- und Bauleitplanung mit der Folge lang andauernder Planungs- und Genehmigungsverfahren. Es gilt daher nach Wegen zu suchen, diese Hemmnisse unter Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Belange abzubauen, um den Ausbau einer naturverträglichen Windenergie zu beschleunigen.“

→ [Zum Dokument](#)

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende

Rechtliche Einordnung von Dichtezentren im Genehmigungsverfahren

April 2021

Aus dem Inhalt: „Bei der Genehmigung von Windenergieanlagen erweist sich in der Praxis im Hinblick auf das besondere Artenschutzrecht vor allem das Tötungs- und Verletzungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG als Hindernis. Insbesondere in Bezug auf Vogelarten, die schlaggefährdet sind, stellt sich die Frage, ob der Betrieb der zur Genehmigung gestellten Windenergieanlage(n) zu Tötungen und Verletzungen von Vögeln führt. Dies ist ausweislich § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG der Fall, wenn es vorhabenbedingt zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungs- und Verletzungsrisikos kommt. Die Prüfung der signifikanten Risikoerhöhung birgt ein erhebliches Streitpotenzial, da es bis heute keine allgemein anerkannte Methode zur Bestimmung der Signifikanzschwelle gibt. Die Rechtsprechung hat den Begriff der Signifikanz inzwischen zwar in einem hohen Maße konkretisiert, doch ist die Anwendung auf den konkreten Einzelfall nach wie vor schwierig. Mit Blick auf die Dichtezentren wirft dies die Frage auf, ob ein Abstellen auf die Betroffenheit von Dichtezentren

diese Schwierigkeiten aufzufangen und so für mehr Rechtssicherheit zu sorgen vermag. Sollte dies nicht der Fall sein, könnte das Konzept der Dichtezentren sich zumindest auf der Ebene der Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG als sehr hilfreich erweisen.“

→ [Zum Dokument](#)

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende

Rechtliche Einordnung von Dichtezentren im Planungsverfahren

April 2021

Aus dem Inhalt: „Die Bewältigung artenschutzrechtlicher Belange im Rahmen von Konzentrationszonenplanungen mit den Ausschlusswirkungen des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB mittels des sog. Dichtezentrenansatzes soll den vorgenannten Herausforderungen begegnen. In jüngerer Zeit hat er bereits eine erhebliche Verbreitung in der Praxis der Landesplanung erfahren (dazu unter 2.). Der planerische Ansatz als solcher und die mit ihm verfolgten Ziele sind aufzuzeigen (dazu unter 3.), seine Verankerung in der Raumplanung und die geltenden Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen sind zunächst allgemein zu formulieren (dazu unter 4.). Vertiefend sollen anschließend die Anforderungen an die Untersuchungs- und Abwägungstiefe bzgl. Flächen innerhalb von Dichtezentren (dazu unter 5.) und Überlegungen zur Möglichkeit der planerischen Vorbereitung artenschutzrechtlicher Ausnahmen mittels Dichtezentren dargestellt werden (dazu unter 6.). Abschließend soll zudem auf das Potenzial des Ansatzes geblickt werden, einen Ausweg aus den verbreiteten Endlosschleifen bei Öffentlichkeitsbeteiligungen im Rahmen von Konzentrationsplanungen zu bieten (dazu unter 7.), bevor ein Fazit gezogen wird (dazu unter 8.).“

→ [Zum Dokument](#)

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende

Handreichungen der Länder zu Arten- und Naturschutz und Windenergie an Land

März 2021

Über den Inhalt: Umfangreiche tabellarische Zusammenstellung der artenschutzrechtlichen Erlasse aus den Bundesländern mit Verlinkung und Informationen zum Fortschreibungsstand

→ [Zum Dokument](#)

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende**Wirtschaftliche Aspekte ereignisbezogener Abschaltung zum Vogelschutz an Windenergieanlagen Brutplatzszenarien – Ertragseinbußen – Einfluss auf die Anlagentechnik**

Dezember 2020

Aus dem Inhalt: „Der Vermeidung einer Erfüllung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbot, formuliert in § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG, kommt eine zentrale Bedeutung für die Genehmigungsfähigkeit von neuen Windenergieanlagen (WEA) zu (SPRÖTGE et al. 2018). Um einen WEA-Betrieb im Einklang mit dem Artenschutz zu ermöglichen, werden zunehmend technische Möglichkeiten als eine Lösungsoption diskutiert. Derzeit stehen unter anderem der Rotmilan wegen seiner besonderen Kollisionsgefährdung und fast flächenhaften Verbreitung, aber auch der Seeadler im Zentrum der Entwicklung von Bilderkennungsalgorithmen zur artspezifischen Erkennung und daran gekoppelten bedarfsgesteuerten Abschaltung (AMMERMANN et al. 2020).“

[→ Zum Dokument](#)**Umweltbundesamt****Entwicklung und Umsetzung eines Monitoringsystems zur Analyse der Akteursstruktur bei Freiflächen-Photovoltaik und der Windenergie an Land****Teilbericht: Methodik zur Erhebung der Akteursstruktur**

April 2021

Aus dem Inhalt: „Es ist ein erklärtes Ziel des Gesetzgebers, die bestehende Akteursvielfalt auch nach der Einführung von Ausschreibungen zur Ermittlung der Vergütungshöhe zu erhalten. In welchem Maße dieses Ziel erreicht oder verfehlt wird, lässt sich durch den Vergleich der bisherigen Akteursstruktur mit derjenigen nach Einführung von Ausschreibungen bewerten. Dies setzt jedoch eine wissenschaftlich belastbare Methode zur Ermittlung – im besten Falle Quantifizierung – der Akteursvielfalt voraus. Wesentlicher Bestandteil dieses Projektvorhabens ist es, eine wissenschaftliche Grundlage für die Erfassung und Evaluierung von Änderungen im Bereich der Akteursstruktur zu entwickeln (Monitoring). Diese wissenschaftlich belastbare Methodik wird zur Ermittlung der Akteursstruktur für Bestandsanlagen mit Inbetriebnahme seit 2010 sowie der Bietenden und Gewinnenden der Ausschreibungsrunden für Windenergie an Land und Photovoltaik bis Herbst 2019 angewendet. Der vorliegende Bericht beschreibt das methodische Konzept für die Durchführung des Monitorings.“

[→ Zum Dokument](#)

Umweltbundesamt

Kapazitätskredit erneuerbarer Energien – welchen Beitrag zur Versorgungssicherheit können Wind- und Solarenergie leisten

Februar 2021

Aus dem Inhalt: „Die durchgeführten Analysen zeigen, wie anhand der weiterentwickelten Methode und auf Basis einer umfangreichen Datengrundlage aus zehn historischen Wetterjahren der Kapazitätskredit der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der wetterabhängigen, stochastischen Eigenschaften der Last und der Einspeisung erneuerbarer Energien und unter Unsicherheit über Kraftwerksausfälle berechnet werden kann, sowohl bei engpassfreien als auch bei begrenztem internationalen Austausch und bei einer dynamischen Anpassung der konventionellen Kraftwerksleistung an die EE-Durchdringung. Wir berechnen den Kapazitätskredit für insgesamt 15 Szenarien, in denen wir u. a. die EE-Technologien, ihre räumliche Verteilung und die europäischen Interkonnektorkapazitäten variieren.“

→ [Zum Dokument](#)

4. Sonstiges

Bundesverband Erneuerbare Energie

Das „BEE-Szenario 2030“ - 65 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 – Ein Szenario des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE)

April 2021

Aus dem Inhalt: „Um Klimaneutralität bis spätestens 2050 zu erreichen, sind die bisherigen Klimaschutzambitionen auf deutscher und europäischer Ebene nicht ausreichend. Daher wird im Rahmen des Green Deals folgerichtig das europäische Klimaschutzziel von bislang minus 40 Prozent bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 1990 deutlich erhöht. Hierzu hat die EU-Kommission im Rahmen eines Impact Assessment im September 2020 zunächst eine Emissionsminderung von 55 Prozent vorgeschlagen. Im Oktober 2020 hat sich das EU-Parlament für eine THG-Reduktion um 60 Prozent bis 2030 gegenüber dem Jahr 1990 ausgesprochen. Eine Einigung in den Trilogverhandlungen und der Beschluss des europäischen Klimaschutzgesetzes werden in den kommenden Monaten erwartet. Für Deutschland bedeutet jedoch bereits die Umsetzung einer europaweiten THG-Minderung von mindestens 55 Prozent unter der bisher geltenden Effort Sharing Regulation eine notwendige Reduktion von 65 Prozent. Dafür muss entsprechend das bisherige THG-Minderungsziel von minus 55 Prozent im Zieljahr 2030 des Bundesklimaschutzgesetzes angehoben werden.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband Erneuerbare Energie**Antwortschreiben der Kommission**

März 2021

Aus dem Inhalt: „Ich begrüße nachdrücklich die ehrgeizigeren Ziele und den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und anderer Initiativen, die zum Green Deal beitragen. Insbesondere die Förderung erneuerbarer Energien ist von zentraler Bedeutung für die Erreichung des höheren Klimaziels, da der Energiesektor etwas mehr als 75 % der gesamten Treibhausgasemissionen in der EU verursacht. Darüber hinaus spielen erneuerbare Energien auch eine wichtige Rolle beim Schutz unserer Umwelt und bei der Verringerung unserer Energieabhängigkeit, sowie bei der Förderung der technologischen und industriellen Führungsposition der EU und der Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband Erneuerbare Energie**Schreiben an die Kommission - Beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission für das Erneuerbare-Energien-Gesetz**

März 2021

Aus dem Inhalt: „Die Bundesnetzagentur hat bezüglich der Ausschreibungsverfahren für Windenergie an Land, Photovoltaik und Bioenergie im 1. Quartal 2021 bereits darauf hingewiesen, dass die Zuschläge erst erteilt werden können, wenn die beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission für das EEG 2021 vorliegt. Die Nichterteilung der Zuschläge führt schon jetzt zu massiver Verunsicherung in der Branche. So sehen sich Projektträger unter anderem wegen vertraglicher Verpflichtungen mit Anlagenherstellern, einzuhaltenden Fristen bei Genehmigungsverfahren und der Finanzierung der Projekte erheblichen Risiken ausgesetzt.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie**BWE-Vorschläge zur Beschleunigung und Erleichterung des Repowering von Windenergieanlagen**

März 2021

Aus dem Inhalt: „Die Voraussetzung zur Umsetzung eines erfolgreichen Repowering-Projektes ist der Zugriff auf planungsrechtlich gesicherte Flächen. Um Repowering-Vorhaben zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, schlagen wir folgenden Katalog konkreter Gesetzesänderungen – und Anwendungen vor: (...)“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie**Stellungnahme – Dringende Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021****Forderungen für ein „Reparaturgesetz“ des EEG 2021**

März 2021

Aus dem Inhalt: „Mit der Verabschiedung des EEG 2021 wurden zahlreiche Veränderungen der Rahmenbedingungen in letzter Minute aufgenommen, die sich als hinderlich für den Ausbau der Windenergie an Land erweisen. Deshalb fordert der Bundesverband WindEnergie e.V. Anpassungen. Zusätzlich zu der Verabschiedung des EEG 2021 hat die Große Koalition in einem Entschließungsantrag angekündigt, verschiedene Punkte im EEG, u.a. die Ausbaukorridore, nachträglich anzupassen. Hierbei sollten insbesondere die Punkte, die der BWE als schnell reparaturbedürftig ansieht, auch umgesetzt werden.“

→ [Zum Dokument](#)

Bundesverband WindEnergie**Technische Richtlinie zur Prüfung der Blitzschutzanlage an Windenergieanlage**

März 2021

Aus dem Inhalt: „Die vorliegende Richtlinie zur Überprüfung des Zustandes der Blitzschutzanlage von Windenergieanlagen (WEA) beschreibt technische Mindestanforderungen, welche bei entsprechenden Überprüfungen eingehalten werden sollten.“

→ [Zum Dokument](#)

Landesverband Erneuerbare Energien NRW e.V.**NRW-Pläne zur Windenergie schlimmer als befürchtet**

Februar 2021

Aus dem Inhalt: „Unter dem Feigenblatt vermeintlicher Akzeptanzsicherung plant die NRW-Landesregierung den Ausbaustopp der Windenergie. Illusorische Annahmen und realitätsferne Utopien in offiziellen Berechnungen sollen darüber hinwegtäuschen, dass die geplanten Abstandsregeln das Aus für den notwendigen Windzubau bedeuten. Doch ohne Windenergie kann NRW kein Energieland bleiben.“

→ [Zum Dokument](#)

Nefino/Landesverband Erneuerbare Energien Niedersachsen Bremen
Analyse der Flächenpotenziale für Windenergieanlagen in Niedersachsen - Handout zur gemeinsamen Pressekonferenz

März 2021

→ [Zum Dokument](#)

Verband Kommunaler Unternehmer/Bundesverband WindEnergie
Gemeinsames VKU-BWE-Positionspapier zur Stärkung des Windkraftausbaus

März 2021

Aus dem Inhalt: „2021 wird das entscheidende Jahr der Energiewende. Ein Jahr vor dem Atomausstieg und angesichts erster Abschaltungen bei der Kohleverstromung braucht die dezentrale Energiewende auf Basis des gesamten Erneuerbaren-Energien-Mixes neuen Schwung. Bürgerbeteiligung, kommunale Beteiligung und die Verbindung zwischen regionaler Stromerzeugung und regionalem Stromverbrauch schafft eine Basis für die dauerhafte Akzeptanz der Energiewende. Mit dem EEG 2021 hat die Bundesregierung einen bürokratischen Rahmen geschaffen, der aber einen wirklichen Aufbruch im Sinne einer erfolgreichen Energiewende vermissen lässt. Daher sind jetzt die Länder gefragt.“

→ [Zum Dokument](#)

WindEurope
Financing and investment trends - The European wind industry in 2020

April 2021

Aus dem Inhalt: „Despite the challenging circumstances brought about by COVID, Europe invested € 42.8bn in new wind farms in 2020, the second highest annual amount on record. Investments in offshore wind farms were a record €26.3bn, which financed 7.1 GW of new offshore capacity. Investments in new onshore wind farms were €16.5bn, which financed 12.5 GW of new onshore capacity. The figure of €26.3bn in offshore wind investments was a new record. However, the figure of €16.5bn in onshore wind investments was the lowest amount since 2017. This is mainly due to delays in the permitting of new onshore wind farms in many countries in Europe.“

→ [Zum Download](#)

Der Newsletter stellt eine Auswahl an windenergiebezogenen Themen dar und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Irrtümer, Fehler und Änderungen vorbehalten. Auf die Inhalte externer Internetseiten, auf die in diesem Newsletter verlinkt wird, hat die Stiftung Umweltenergierecht keinen Einfluss. Deshalb ist die Stiftung Umweltenergierecht für diese Inhalte nicht verantwortlich und kann für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr und Haftung übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist allein der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.

Forschung fördern und gemeinsam mehr bewirken

Um weiterhin als Zukunftswerkstatt für den Rechtsrahmen der Energiewende wichtige Impulse setzen zu können, brauchen wir Ihre Unterstützung! Ihre Spende fördert unsere Forschung und hilft, die Energiewende voranzubringen.



Kontakt

Hannah Lallathin
Referentin Fundraising
lallathin@stiftung-umweltenergierecht.de

Spendenkonto

Sparkasse Mainfranken
IBAN: DE16 7905 0000 0046 7431 83
BIC: BYLADEMISWU

Stiftung Umweltenergierecht

Friedrich-Ebert-Ring 9
97072 Würzburg

Informationen zum Herausgeber

Herausgeber: Stiftung Umweltenergierecht, Friedrich-Ebert-Ring 9, 97072 Würzburg;
V.i.S.d.P.: Thorsten Müller; Kontakt: Tel.: +49 931/794077-0, Fax: +49 931/794077-29,
www.stiftung-umweltenergierecht.de, mail@stiftung-umweltenergierecht.de;
Stiftungsrat: Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Prof. Dr. Franz Reimer, Prof. Dr. Monika Böhm;
Stiftungsvorstand: Thorsten Müller, Fabian Pause, LL.M. Eur.